

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Detlef Ehlebracht,  
Andrea Oelschläger, Harald Feineis und Peter Lorkowski (AfD)**

### **Einzelplan 8.1**

#### **Betr.: Aussteigerprogramm für Linksextremismus**

Linksextremisten verfechten das Ziel, das politische System der freiheitlichen Demokratie abzuschaffen und durch eine kommunistische beziehungsweise „herrschaftsfreie“, anarchistische Ordnung zu ersetzen. Ihre theoretischen Leitfiguren sind – in unterschiedlichem Ausmaß und abweichender Interpretation – Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Lenin. Physische Gewalt, verstanden als „revolutionäre Gewalt der Unterdrückten gegen die Herrschenden“, gilt grundsätzlich als legitim, teilweise sogar als zwingend. Faktisch geht es Linksextremisten im Rahmen ihrer Agitationen nicht darum, konkrete soziale Probleme zu lösen. Stattdessen instrumentalisieren sie gesellschaftliche Konflikte für ihre revolutionären Ziele. In dieser Weise partizipieren sie gewöhnlich an gesellschaftspolitischen Debatten und Protestaktionen, um ihre extremistischen Positionen zu popularisieren und neue Mitglieder bzw. Sympathisanten zu gewinnen.

Ihr tatsächliches Ansinnen, die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, behalten Linksextremisten dabei stets im Blick. Die ideologische Grundlage ihrer Weltanschauung besteht in der totalen Ablehnung des Kapitalismus, welcher für sie mehr als nur eine Wirtschaftsform darstellt: Er gilt sowohl als ultimative Manifestation „bürgerlicher Herrschaftsverhältnisse“ durch „Repression“ nach innen und „Aggression“ nach außen. Der Kapitalismus ist demnach verantwortlich für sämtliche gesellschaftlichen und politischen Missstände wie soziale Ungerechtigkeit, die „Zerstörung“ von Wohnraum, „imperialistische“ Kriege, Rechtsextremismus und Rassismus sowie für Umweltkatastrophen.

Auch Hamburg hat in der Vergangenheit immer wieder prägende Erfahrungen mit dem Linksextremismus gemacht. Nicht nur existiert in der Stadt seit Jahrzehnten eine aktive Szene, die bundesweit sowie international bestens vernetzt ist und gegenwärtig aus etwa 1.200 Personen besteht, sowie im Juli 2018 insgesamt 8.000 Gleichgesinnte aus ganz Europa mobilisiert hat<sup>1</sup>, sondern treten linksextremistische Gruppierungen regelmäßig – so etwa zum 1. Mai – öffentlich in Erscheinung, indem sie Demonstrationen organisieren oder sich zu Kundgebungen zusammenfinden. Solche Aktionen stoßen in der Regel in weiten Teilen der Bevölkerung, der Medien sowie der politischen Linken auf breite Akzeptanz. Dieses Klima hat dazu geführt, dass sich Linksextremisten in Hamburg zunehmend sicher fühlten und die Autorität des Staates immer häufiger nicht mehr nur theoretisch infrage stellten.

Die katastrophalen Folgen dieser Entwicklung mündeten schließlich in die Eskalation um den G20-Gipfel, als linksextremistische Gewalttäter ganze Straßenzüge verheerten, Polizeibeamte verletzten und durch das Plündern von Geschäften sowie die vorsätzliche Beschädigung von Privateigentum zeitweise die öffentliche Sicherheit untermiinierten. Vor diesem Hintergrund ist wenig überraschend, dass die Bilanz von

---

<sup>1</sup> Confer Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg 2018. Seite 83.

G20 erwartungsgemäß katastrophal ausfiel. Zur Eindämmung der von Linksextremisten entfesselten Gewalt mussten insgesamt 30.000 Polizisten aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengezogen werden, darunter auch Beamte der Sondereinheit GSG 9. Die Gesamtstärke der dabei aufgebauten Polizeikräfte entspricht drei Divisionen der Bundeswehr. Im Zuge der Ausschreitungen wurden 231 Polizisten durch Fremdeinwirkung verletzt.<sup>2</sup> Diese Übergriffe sowie zahlreiche andere Delikte wie Landfriedensbruch, Brandstiftung und Beleidigung hatten 228 Ingewahrsamnahmen sowie 197 Verhaftungen zur Folge.<sup>3</sup> Der während des G20-Gipfels entstandene Sachschaden beläuft sich auf insgesamt 12 Millionen Euro.

Trotz ihrer beispiellosen Gewalteskalation haben die Unruhen des G20-Gipfels keine nennenswerten politischen Folgen nach sich gezogen. Weder ist die Rote Flora geschlossen worden, bei welcher es sich nachweislich um die Schaltzentrale der in die Ausschreitungen involvierten Gruppierungen handelte, noch sind die Strukturen linksextremistischer Organisationen geschwächt oder gar zerschlagen worden. Stattdessen kommt der Sonderausschuss in seinem Bericht „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“ zu dem Schluss, dass die Polizei durch ihr niedrigschwelliges Eingreifen die Legitimationsbasis für Gewalt gestärkt hat.<sup>4</sup>

Diese Beurteilung bestätigt den oben erhobenen Befund, demzufolge linksextremistische Aktionen nicht selten in weiten Teilen der Politik auf Akzeptanz stoßen. Folglich ist davon auszugehen, dass das linksextremistische Personenpotential in Hamburg auch in Zukunft in derselben Weise wachsen wird, wie es im letzten Jahr geschehen ist.<sup>5</sup> Da der Senat sowie ein Teil der Opposition das Problem linksextremistischer Gewalt in Hamburg weitgehend ignoriert – in Einzelplan 4.0 des Haushaltsplan-Entwurfs 2019/2020 kommt der Begriff „Linksextremismus“ nicht einmal vor –, ist es höchste Zeit, Mitgliedern der Szene mittels staatlicher Unterstützung den Ausstieg endlich zu systematisieren.

### **Die Bürgerschaft möge beschließen:**

#### **Der Senat wird aufgefordert,**

in das bestehende „Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus“ Maßnahmen zur Bekämpfung des Linksextremismus zu integrieren. Zu diesem Zweck sollte das bestehende „Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus“ in „Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Extremismus“ umbenannt werden. Innerhalb des auf den Bereich des Linksextremismus erweiterten Programms soll:

1. ein Projekt zum begleiteten Ausstieg aus der linksextremistischen Szene erstellt werden, welches sich an dem bereits bestehenden Hamburger Projekt „Kurswechsel“ für rechtsextremistische Strukturen orientiert.
2. das „Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus“ umbenannt werden in „Mobiles Beratungsteam gegen Extremismus“ und als Beratungsstelle fungieren, an die sich Eltern und Kinder, die mit Formen des Extremismus konfrontiert werden, wenden können und die Aufklärungsarbeit an Hamburger Schulen leistet.
3. Die dafür benötigten Mittel in Höhe von 100.000 Euro sollen künftig der Produktgruppe 255.03 bereitgestellt werden und sind aus dem Einzelplan 9.2 Produktgruppe 283.01 „Zentrale Ansätze I“, globale Mehrkosten zu entnehmen.

---

<sup>2</sup> Confer Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz 2018. Seite 101.

<sup>3</sup> Confer Drs. 21/11553. Seite 2.

<sup>4</sup> Confer Drs. 21/14350. Seite 27.

<sup>5</sup> Zwischen 2017 und 2018 hat die Anzahl gewaltbereiter Linksextremisten in Hamburg von 1.100 auf 1.200 Personen zugenommen. Confer Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg 2018. Seite 84.